

Bern, 9. Oktober 2025

Medienmitteilung

Kantone fordern sichere Finanzierung von Infrastrukturprojekten

Heute publizierte die ETH das Gutachten «Verkehr 2045». Die Konferenz der kantonalen Direktorinnen und Direktoren für öffentlichen Verkehr und die Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz begrüssen diese Auslegeordnung und werden den Bericht prüfen. Die Kantone fordern eine sichere und ausreichende Finanzierung von Infrastrukturprojekten. Insbesondere auch im Hinblick auf die klimapolitischen Ziele, welche sich die Schweiz gesetzt hat. Zudem unterstützen sie explizit die Vorlage, die von zusätzlichen Einnahmen ausgeht.

Heute publizierte die ETH das Gutachten «Verkehr 2045».

Die Konferenz der kantonalen Direktorinnen und Direktoren für öffentlichen Verkehr und die Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz begrüssen diese Auslegeordnung und werden den Bericht prüfen. Sie begrüssen eine ganzheitliche Betrachtung der Mobilität und die Fokussierung auf die Bedürfnisse der Menschen. Attraktive und kundenfreundliche Angebote an Mobilität bedingen eine sichere und ausreichende zukunftsgerichtete Infrastruktur.

KöV und BPUK fordern schon heute eine sichere und ausreichende Finanzierung von Infrastrukturprojekten. «Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz und die zukünftigen Generationen essenziell. Deshalb braucht es eine gesicherte Finanzierung.» sagt der KöV-Präsident Fabian Peter, Regierungsrat des Kantons Luzern. Die beiden Konferenzen verlangen vom Bundesrat, dass gemeinsam mit der politischen Vorlage eine Finanzierungsvorlage vorgelegt werden soll. Dabei geht es insbesondere um die langfristige Alimentierung des bewährten Bahninfrastrukturfonds (BIF), wie dies kürzlich vom Ständerat ohne Gegenstimme gefordert wurde. Zudem unterstützen sie explizit die Vorlage, die von zusätzlichen Einnahmen ausgeht. Gleichzeitig müssen die Mittel effizient eingesetzt werden. Zudem lehnen die Kantone Sparmassnahmen beim Bahninfrastrukturfonds dezidiert ab.

Für die politische Vorlage werden die Kantone speziell folgende Themen vertieft abklären:

- Insbesondere muss die aus technischer Sicht vorgeschlagene Depriorisierung der 2019 vom Parlament lancierten Massnahmen (Ost-West-Achse, Raum Basel) überprüft werden.
- Zudem soll der Standard der Sicherheitsziele überprüft werden. Es müssen auch Investitionen in Infrastrukturen für die nächsten Generationen möglich sein, sowie ein Angebotskonzept, das als flexibles Instrument dienen kann.
- Zudem muss die Prozesseffizienz gesteigert werden.

Auch der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) muss nachhaltig gesichert sein. «Die beiden Fonds haben sich sehr bewährt. Sie sind das Fundament des Schweizer Infrastrukturbaus. Tragen wir Sorge zu ihnen. Wir brauchen sie für die Stabilisierung und Entwicklung unserer nationalen Verkehrsinfrastrukturnetze – und auch für die grossen Agglomerationsprojekte» meint der Präsident der BPUK Jean-François Steiert, Staatsrat des Kantons Freiburg.

Die Kantone werden den Bericht nun prüfen, sich in die Erarbeitung der politischen Vorlage einbringen und gemeinsam mit dem Bund die Prioritäten für die nächste Infrastrukturbotschaft erörtern.

Weitere Auskünfte erteilen:

Fabian Peter, Präsident der KöV, zwischen 15.15 bis 16 Uhr: 041 228 50 41

Jean-François Steiert, Präsident der BPUK, zwischen 15 bis 16 Uhr: 079 204 13 30